



## **Bekanntmachung**

**des Präsidenten  
des Schleswig-Holsteinischen Landtages**

**27. Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC) vom 26. bis 28. August 2018 in  
Mariehamn (Åland)**

Die 27. Ostseeparlamentarierkonferenz hat in Mariehamn (Åland) eine Resolution verabschiedet. Den als Anlage beigefügten Originaltext gebe ich hiermit bekannt.

**Klaus Schlie**



28.08.2018

## **Entschließung der Konferenz**

angenommen von der 27. Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC)

Die Teilnehmer, die gewählten Vertreter der Staaten der Ostseeregion\*, die vom 26. bis 28. August 2018 in Mariehamn (Åland) zusammengekommen sind,

- bekunden erneut ihre Erwartung, dass alle Ostseeanrainerstaaten sich nach Kräften bemühen, dass die Ostseeregion weiterhin eine Region der friedlichen und engen Nachbarschaft und der intensiven Zusammenarbeit auf der Grundlage demokratischer Werte, der Rechtsstaatlichkeit, der Menschenrechte und der Chancengleichheit für alle bleibt. Zu diesem Zweck werden sie alle Chancen des parlamentarischen, behördlichen und gesellschaftlichen Austauschs und des demokratischen Dialogs zwischen Nachbarn wahrnehmen. Aus diesem Grund begrüßen sie die Stockholmer Erklärung des Ostseerates und insbesondere den Reformfahrplan. Sie begrüßen ferner die Wiederaufnahme der Außenministertreffen des Ostseerates, unter anderem unter schwedischer Präsidentschaft, fordern aber zusätzlich die Wiederaufnahme der Gipfeltreffen der Ostseeanrainerstaaten. Dies wird den Dialog fördern, die Zusammenarbeit stärken und sich in Form von Frieden manifestieren;
- begrüßen die umfassenden Umsetzungserklärungen und Berichte der Regierungen der Ostseeregion zu der Entschließung der 26. BSPC und die bei der Umsetzung der Handlungsaufforderungen der BSPC erzielten Fortschritte;
- begrüßen die Bemühungen der schwedischen Ostseeratspräsidentschaft 2017/2018, die regionale Zusammenarbeit in der Ostsee kohärenter zu gestalten, nehmen die Fortschritte des Ostseerates – ausgehend von den Prioritäten Nachhaltigkeit, Kontinuität und Anpassungsfähigkeit in Rahmen der VN-Ziele für 2030 – zur Kenntnis, und anerkennen die Leistungen in den Bereichen nachhaltige Entwicklung, Jugend, Bekämpfung des Menschenhandels, Kinderschutz und Bevölkerungsschutz;
- bestärken die lettische Ostseeratspräsidentschaft 2018/2019 darin, die Bemühungen im Rahmen ihrer drei Prioritäten Integrität & gesellschaftliche Sicherheit, Dialog und Verantwortung fortzusetzen;

- teilen die Vision der „Vision Group“ des Ostseerates, dass die Ostseeregion im Bereich der Umwelt-, Wirtschafts-, Sozial- und Sicherheitsstandards und -strategien zu einem Vorzeigemodell mit einer lebendigen regionalen Zivilgesellschaft werden soll, und werden den Bericht der „Vision Group“ bei ihren weiteren Beratungen über die künftigen Entwicklungen in der Ostseeregion berücksichtigen;
- unterstreichen erneut, dass ein politischer Austausch zwischen jungen Menschen notwendig ist, und werden auf der Grundlage der Jugendprojekte der angeschlossenen Parlamente und parlamentarischen Institutionen die Einrichtung eines Ostseeparlamentarier-Jugendforums in die Wege leiten, aber ebenso auf eine engere Zusammenarbeit zwischen Jugendorganisationen in der Ostseeregion und Formaten wie „Regeneration 2030“ hinwirken und damit junge Menschen in die Beratung von Fragen, die in der BSPC zu erörtern sind, einbeziehen;
- begrüßen alle Bemühungen, um eine gesunde und saubere Ostsee zu erreichen;
- arbeiten an einer Möglichkeit, als ersten Schritt im Rahmen einer progressiven Außen- und Handelspolitik das Problem der Kunststoffabfälle auf globaler Ebene anzugehen;
- begrüßen nachdrücklich alle konkreten Maßnahmen und alle Vorschriften, um Einwegprodukte aus Kunststoff, die am häufigsten an den Stränden und in den Meeren gefunden werden, sowie Fischfanggeräte, die im Meer verloren gegangen sind oder zurückgelassen wurden, zu verbieten bzw. deren Gebrauch zu reduzieren, und wollen daran mitwirken, Verbraucher für die negativen Auswirkungen des Gebrauchs von Plastikmüll zu sensibilisieren;
- erörtern die Themen Zusammenarbeit, Vision einer gesunden Ostsee, nachhaltige Energie sowie Migration und Integration;

**fordern die Regierungen der Ostseeregion, den Ostseerat und die Europäische Union auf,**

### **im Hinblick auf die Zusammenarbeit in der Region**

1. die Politik der Nördlichen Dimension, die EU-Strategie für den Ostseeraum und die russische Strategie für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung des Föderalen Distrikts Nordwest stärker miteinander zu verzahnen;
2. den Umfang der länderübergreifenden Programme, die den gesamten Ostseeraum abdecken, auszuweiten, und diese Möglichkeit und die entsprechende Finanzierung formal in allen makroregionalen Strategien zu verankern, um die Beziehungen zwischen benachbarten Ländern zu verbessern;
3. die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Migration und Integration zu verstärken und dabei alle Ostseeanrainerstaaten einzubeziehen, um ähnliche Aufgaben besser zu bewältigen;

4. Programme im Rahmen von Besuchen und multinationalen Jugendtreffen zu vertiefen mit dem Ziel, einander zu begegnen, das gegenseitige Verständnis zu fördern und Beziehungen aufzubauen;
5. – Bezug nehmend auf die im Juni 2017 von den Arbeitsministerien der Ostseeratsstaaten verabschiedete Ministererklärung – im Bereich von Arbeit und Beschäftigung in der Ostseeregion aktiv die Arbeit der „Ostseerats-/BSLF-Koordinierungsgruppe zu Arbeit und Beschäftigung“ (CG) zu unterstützen, die sich auf Querschnittsthemen und aktuelle Fragen konzentriert, und zwar auf die neuen Qualifikationen, die für künftige Arbeitsmodelle erforderlich sind, und ihre Verknüpfung mit der Ausbildung und dem Bedarf des Arbeitsmarktes, das lebenslange Lernen sowie umfassende Arbeitsmarktprognosen und -forschungen unter Einbeziehung der demografischen Herausforderungen; für Chancengleichheit zwischen Männern und Frauen zu sorgen;
6. sich den Herausforderungen einer alternden Bevölkerung, des sozialen Zusammenhalts und der nachhaltigen Entwicklung in der Ostseeregion durch eine verstärkte Zusammenarbeit bei Anreizen und praktischen Systemen für lebenslanges Lernen und Erwachsenenbildung, die Anpassung der Beschäftigungsbedingungen und Arbeitsplätze an ältere Menschen, Strategien zur Bekämpfung der Altersdiskriminierung, gesundheitsfördernde Maßnahmen und flexible und stufenweise Ruhestandsregelungen zu stellen;

### **im Hinblick auf die Vision einer gesunden Ostsee weitere Maßnahmen zu ergreifen, um**

7. – da die BSPC die Ministererklärung der HELCOM vom 6. März 2018 in Brüssel unterstützt und deren kritische Einschätzung des Zustands der Ostsee unter verschiedenen Gesichtspunkten teilt – die in der Ministererklärung enthaltenen Beschlüsse entschlossen umzusetzen;
8. wirksame Koordinierungsprozesse und -strategien einzuleiten, um die Umsetzungsstrategie für die Agenda für nachhaltiges blaues Wachstum in der Ostseeregion zu unterstützen;
9. die Konsultationen und die Kooperation hinsichtlich einer räumlichen Gesamtplanung für die Ostseeregion auszubauen und dabei alle Interessen und Aspekte im Zusammenhang mit der Wirtschaft (Schiffsverkehr, Fischerei, Energie, Tourismus usw.), der Umwelt und den Nachbarländern zu berücksichtigen;
10. angesichts dessen, dass je nach Land lediglich 25 bis 60 Prozent der Zielvorgaben des bis 2021 umzusetzenden HELCOM-Ostseeaktionsplans gegenwärtig auf nationaler Ebene erfüllt werden, die Anstrengungen auf nationaler und regionaler Ebene zur Festlegung geeigneter politischer Prioritäten dringend zu verstärken, um so die Zielsetzungen des Aktionsplans soweit möglich termingerecht bis 2021 zu verwirklichen;
11. regelmäßig HELCOM-Ministertreffen abzuhalten – unter Einbeziehung aller zuständigen Minister eines jeden Mitgliedstaats – und zu völkerrechtlich verbindlichen Regelungen zu gelangen – wie es bei den Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit im Seeverkehr mit Beteiligung der Verkehrsminister

- der Fall war – und auf diese Weise das Thema saubere Ostsee stärker in die politische Debatte der einzelnen Staaten und Regionen einzubeziehen und eine verbindlichere Durchsetzung der erzielten Vereinbarungen zu erreichen;
12. gemeinsame wie auch zusätzliche nationale und regionale Nachhaltigkeitsstrategien zur Erreichung der Ziele der VN-Agenda 2030 zu entwickeln bzw. weiter auszubauen und die Vision einer sauberen, von Meeresabfällen freien Ostsee bei gleichzeitiger Förderung nachhaltiger Landbewirtschaftungsmethoden, eines nachhaltigeren Schiffsverkehrs und der Bekämpfung von Eutrophierung und Unterwasserlärm zu verwirklichen;
  13. die von den Vereinten Nationen ausgerufene „Dekade der Meeresforschung für Nachhaltige Entwicklung“ von 2021 bis 2030 vorzubereiten und mitzugestalten, um so das Ziel eines „Ocean we need for the future we want“ zu erreichen;
  14. das Verhältnis zwischen den VN-Zielen für eine nachhaltige Entwicklung und den Menschenrechten weiter zu stärken und dabei ihre enge Verknüpfung und wechselseitige Stärkung anzuerkennen;
  15. Präventivmaßnahmen wie auch Sofortmaßnahmen zu ergreifen, um die Abwasserqualität zu verbessern und unbehandelte Einleitungen umgehend zu beenden, und entschlossen eine Säuberung des stark verschmutzten Meeres in Angriff zu nehmen;
  16. gegen die besorgniserregende Menge an Kunststoffen und Mikroplastik in den Meeren dringend wirksam vorzugehen; die Vorschriften zur Reduzierung bzw. zum Verbot von Einwegkunststoffen zu unterstützen und schnellstmöglich umzusetzen; die Öffentlichkeit für die Verschmutzung durch Mikroplastik im gesamten Ökosystem der Ostsee zu sensibilisieren und den Verbrauchern nahelegen, Körperpflegemittel, die primäres Mikroplastik enthalten, zu vermeiden;

### **im Hinblick auf nachhaltige Energie und intelligente Plattformen für die Energieverteilung**

17. die grenzüberschreitenden Übertragungsverbindungen durch den Bau und die Ausweitung reibungsloser Stromnetze zu verbessern und effizient zu nutzen, damit in den neuen Energiemärkten und bei den neuen Formen von Energiedienstleistungen und -erzeugnissen besser erneuerbare Energien integriert werden können, sowie auch Unterseeverbindungen zur Integration der Netze zu nutzen;

### **im Hinblick auf Migration und Integration**

18. die objektiv bestehenden Unterschiede im politischen System sowie auch bei den historischen und kulturellen Erfahrungen aufgrund der Narben des Zweiten Weltkriegs anzuerkennen, die Beratungen und Überlegungen über Flucht und Migration fortzusetzen und bewährte Methoden zur Sensibilisierung unserer Gesellschaften auszutauschen;

19. einen den gesamten Ostseeraum erfassenden Datenbestand zu den Integrationsbedingungen anzulegen und Maßnahmen für eine stärker faktenbasierte öffentliche Diskussion in die Wege zu leiten;
20. den Dialog zu Migration und Integration zwischen den Ostseeanrainerstaaten zu intensivieren;
21. das Angebot von migrationsspezifischen Beratungsleistungen und von Sprachunterricht zu steigern, um die Integrationsbemühungen zu verstärken;
22. Projekte zur Beratung und Förderung von Freiwilligen, örtlichen Einrichtungen und zivilgesellschaftlichen Organisationen, die im Integrationsbereich tätig sind, auszuweiten, und die verbindende und integrierende Rolle des Sports zu berücksichtigen;
23. Migrations- und Sicherheitsgesichtspunkte in anderen relevanten Politikbereichen wie Handel, Arbeitnehmerrechte und Umweltschutz zu berücksichtigen;
24. ganzheitliche und vielseitige Lösungen für die mit der aktuellen Flüchtlings- und Migrationspolitik verbundenen Herausforderungen zu suchen, wozu u. a. eine richtig abgestimmte Kombination aus Migrationssteuerung, humanitärer Hilfe, politischen Lösungen, europäischer und internationaler Zusammenarbeit, fairen Handelsabkommen und Entwicklungshilfe zählt;

### **im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung und das Wachstum in der Ostseeregion**

25. die Umsetzungsstrategie für die Agenda für nachhaltiges blaues Wachstum in der Ostseeregion zu unterstützen;
26. anzuerkennen, dass die Ostsee eine äußerst wichtige Seeverkehrsachse (eine Meeresautobahn) für alle ihre Anrainer, eine Ernährungs- (Fischerei) und Energieressource (Öl, Gas, Wind und Wellen) sowie ein Erholungsgebiet für Millionen Touristen darstellt, und deshalb alle Möglichkeiten der Ostseekooperation zu nutzen, durch die sich alle Interessen und Aspekte im Zusammenhang mit der Wirtschaft, der Umwelt und den Nachbarländern regeln und berücksichtigen lassen;
27. die transeuropäischen Verkehrsnetze in der Ostseeregion weiter auszubauen und Initiativen zur Angleichung der Mautsysteme in Europa und insbesondere den Ostseeanrainerstaaten zu ergreifen, damit der See- und Schienenverkehr im Vergleich zum Lkw-Verkehr wirtschaftlicher wird;
28. darauf hinzuwirken, dass die Ostsee zu einer Vorreiterregion bei der automatisierten Schifffahrt wird.

### **Ferner beschließt die Konferenz,**

das freundliche Angebot des norwegischen Parlaments dankbar zu begrüßen, die 28. Ostseeparlamentarierkonferenz vom 25. bis 27. August 2019 in Oslo auszurichten.

\*Parlamente und parlamentarische Institutionen:

Baltische Versammlung  
Freie Hansestadt Bremen  
Dänemark  
Estland  
Europäisches Parlament  
Färöer  
Bundesrepublik Deutschland  
Finnland  
Freie und Hansestadt Hamburg  
Island  
Region Kaliningrad  
Republik Karelien  
Lettland  
Region Leningrad  
Litauen  
Mecklenburg-Vorpommern  
Nordischer Rat  
Norwegen  
Polen  
Föderationsrat der Bundesversammlung der Russischen Föderation  
Staatsduma der Bundesversammlung der Russischen Föderation  
Stadt St. Petersburg  
Schleswig-Holstein  
Schweden  
Åland-Inseln



28/08/2018/

## Conference Resolution

Adopted by the 27<sup>th</sup> Baltic Sea Parliamentary Conference (BSPC)

The participants, elected representatives from the Baltic Sea Region States\*, assembling in Mariehamn, Åland, 26-28 August 2018,

- renew the expectation that all Baltic Sea States make every effort to ensure the Baltic Sea Region continues to be a region of peaceful and close neighbourliness and intense cooperation based on democratic values, the rule of law, human rights and equal opportunities for all. To this end, they will pursue all the opportunities of parliamentary, governmental and social exchange and democratic dialogue among neighbours. For this reason, they welcome the Stockholm Declaration of the Council of Baltic Sea States and in particular the Roadmap for Reform. They furthermore welcome the resumption of the Council of Baltic Sea States (CBSS) Foreign Ministers meetings including under the Swedish Presidency but additionally call for a resumption of the Baltic Sea States Summits. This will foster the dialogue, strengthen cooperation and manifesting peace;
- welcome the comprehensive implementation statements and reports by the governments of the Baltic Sea Region on the 26<sup>th</sup> BSPC Resolution and the progress made to implement the BSPC's calls for action;
- welcome the efforts of the Swedish CBSS Presidency 2017/2018 to improve coherence in Baltic Sea regional cooperation, acknowledge the progress of the CBSS - based on the priorities of sustainability, continuity and adaptability under the umbrella of the UN 2030 goals - and recognise the achievements in areas of Sustainable Development, Youth, the Fight Against Trafficking in Human Beings, Child Protection and Civil Protection;
- encourage the Latvian CBSS Presidency 2018/2019 to continue efforts within its three priorities: Integrity & Societal Security, Dialogue, Responsibility;
- share the vision of the CBSS Vision Group, that the Baltic Sea Region shall become a role model of ecological, economic, social and security standards and policies, with a vibrant regional civil society and will take into account the report of the Vision Group in their further discussions on future developments in the Baltic Sea Region;

- underline again the need for political exchange among young people and will proceed to establish a Baltic Sea Parliamentary Youth Forum based on the youth projects of their member parliaments and parliamentary organizations but also effect efforts to establish closer cooperation between youth organisations in the BSR and formats such as 'Regeneration 2030' involving young people in the deliberation of issues to be discussed in the BSPC;
- welcome all efforts to move towards a healthy and clean Baltic Sea;
- establish a way, as a first step within the framework of a progressive foreign and trade policy to address the issue of plastic litter on a global scale;
- strongly welcome all concrete actions and all regulations in banning or reducing the use of single-use plastic products that are found most often on beaches and in oceans, along with fishing equipment lost or left behind at sea, and intend to help raise awareness of the negative impact of plastic waste among consumers;
- discuss Cooperation, the Vision of a Healthy Baltic Sea, Sustainable Energy as well as Migration and Integration;

### **call on the governments in the Baltic Sea Region, the CBSS and the EU**

#### **Regarding Cooperation in the Region, to**

1. intensify the interaction between the Northern Dimension policy and the EU Strategy for the Baltic Sea and the Russian Strategy of social and economic development of the North-West federal district;
2. extend the scope of transnational programmes covering the whole Baltic Sea area and anchor this possibility and the corresponding funding in all macro-regional strategies on a formal level to improve relations between neighbouring countries;
3. strengthen cooperation in the field of migration and integration, involving all countries bordering the Baltic Sea, to better meet similar tasks;
4. intensify programs in the scope of visits and multinational meetings of youth in view of meeting each other, fostering mutual understanding and developing relations;
5. actively support – referring to the Ministerial Declaration adopted by the CBSS Labour Ministries in June 2017 – in the field of labour and employment in the Baltic Sea Region, the work of the "CBSS/BSLF Coordination Group on Labour and Employment" (CG) – focused on the cross-cutting and topical issues pertaining to the new qualifications required for future work patterns, and their linkage to education and the needs of the labour market, life-long learning and comprehensive labour market forecasting and research, including demographic challenges; guarantee equal opportunities for men and women;

6. meet the challenges of an ageing population, social cohesion and sustainable development in the Baltic Sea region through increased cooperation on incentives and practical systems for life-long learning and adult education, adaptation of job conditions and workplaces to the needs of older persons, anti-age discrimination policies, measures to promote good health and flexible and gradual retirement schemes;

### **Regarding the vision of a Healthy Baltic Sea – a call for more action, to**

7. – as the BSPC supports the HELCOM Ministerial Declaration of 6 March 2018 in Brussels and shares its critical view on the state of the Baltic Sea under various aspects – vigorously implement the decisions contained in the Ministerial Declaration;
8. establish effective coordination processes and policies to support the Implementation Strategy for the sustainable Blue Growth Agenda for the Baltic Sea Region;
9. enhance consultations and cooperation regarding a spatial master planning in the Baltic Sea region, considering all interests and aspects of economy (shipping, fishing, energy, tourism, etc.), environment and the neighbours;
10. considering that, depending on the country, only 25 to 60 percent of the targets of the HELCOM Baltic Sea Action Plan to be implemented by 2021 are currently met at the national level – urgently intensify efforts at the national and regional level to set appropriate policy priorities so as to achieve the objectives of the BSAP by 2021 as far as possible on schedule;
11. hold regular HELCOM Ministerial Meetings – including all responsible ministers of each member state in the meetings – and come to binding rules under international law – as was the case with the measures to increase maritime safety with the involvement of the transport ministers –, thus bringing the issue of a clean Baltic Sea more strongly into the political debate of each nation and region and to achieve a more binding enforcement of the agreements reached;
12. develop or enhance both joint and additional national and regional sustainability strategies to achieve the UN-Agenda 2030 goals and realise the vision of a clean Baltic Sea free from marine litter whilst promoting sustainable agricultural practices, more sustainable shipping and tackling eutrophication and underwater noise;
13. prepare for and help shape the “Decade of Ocean Science for Sustainable Development” from 2021-2030 proclaimed by the United Nations, in order to reach the goal of delivering the ocean we need for the future we want;
14. further strengthen the relationship between the UN Sustainable Development Goals and human rights whilst recognising their close relationship and mutual reinforcement;
15. take preventative measures and immediate actions to improve the quality of waste-water effluents and halt untreated discharges without delay and to show determination to clean up the heavily polluted sea;
16. take urgent efficient action on the worrying levels of plastics and micro-plastics in the seas; support and implement the regulations on reducing or

banning single-use plastic as quickly as possible; promote public awareness of microplastic pollution throughout the Baltic ecosystem and encourage customers to avoid personal care products containing plastic microbeads;

### **Regarding Sustainable Energy, Smart energy distribution platforms, to**

17. enhance and efficiently use cross-border transmission connections by building and expanding fluent electricity networks to enable new energy markets and new forms of energy services and products to better integrate renewable energies, as well as use undersea electricity connection to integrate grids;

### **Regarding Migration and Integration, to**

18. acknowledge objective differences in the political system as well as in the historical and cultural background due to the scars of the Second World War, continue discussions and reflections about flight and migration, and share best governance practices to raise awareness in our societies;
19. initiate a Baltic Sea-wide data basis on integration conditions and measures to improve the public discussion on a factual basis;
20. intensify the dialogue on migration and integration between the countries bordering the Baltic Sea;
21. increase the offer of migration-specific advisory services and language training in order to intensify integration efforts;
22. enlarge projects for advising and supporting volunteers, local institutions and civil society organizations working in the field of integration and taking into account the unifying and integrating role of sports;
23. consider migration and security perspectives in relevant other political agendas such as trade, labour rights and environmental preservation;
24. seek holistic and multi-faceted solutions to the challenges posed by current refugee and migration policies which include a well-coordinated combination of migration management, humanitarian assistance, political solutions, European and international collaboration, fair trade agreements and development assistance;

### **Regarding Economic development and growth in the Baltic Sea Region**

25. support the Implementation Strategy for the sustainable Blue Growth Agenda for the Baltic Sea Region;
26. acknowledge, that the Baltic Sea is a crucial line of sea transportation (a motorway of the sea) for all its neighbours, a resource for nutrition (fishing) and energy (oil, gas, wind and wave) as well as a recreation area for millions

- of tourists, therefore use all opportunities of Baltic Sea cooperation to enable managing and considering all interests and aspects of economy, environment and the neighbours;
27. further develop the Trans-European Networks for transport in the Baltic Sea region, take initiatives to synchronize toll systems in Europe, in particular the Baltic Sea neighbours, to make transport via sea and rail most economic compared to trucking;
  28. aim to make the Baltic Sea a pioneer area for automatic shipping.

**Furthermore, the Conference decides to**

welcome with gratitude the kind offer by the Parliament of Norway to host the 28<sup>th</sup> Baltic Sea Parliamentary Conference in Oslo on 25-27 August 2019.

\*Parliaments and Parliamentary Organizations:

Baltic Assembly,  
Free Hanseatic City of Bremen,  
Denmark,  
Estonia,  
European Parliament,  
Faroe Islands,  
Federal Republic of Germany,  
Finland,  
Free and Hanseatic City of Hamburg,  
Iceland,  
Kaliningrad Region,  
Karelian Republic,  
Latvia,  
Leningrad Region,  
Lithuania,  
Mecklenburg-Vorpommern,  
Nordic Council,  
Norway,  
Poland,  
Council of the Federation of the Federal Assembly of the Russian Federation,  
State Duma of the Federal Assembly of the Russian Federation,  
City of St. Petersburg,  
Schleswig-Holstein,  
Sweden,  
Åland Islands.